

Internationale Übersicht

I. Zur weltwirtschaftlichen Lage

Die Existenz Sowjetrusslands bedeutet den Entzug eines Anlagegebietes von 170 Mill. Einwohnern für das Weltkapital. Dazu kommen die "Volkdemokratien" mit rund 100 und schliesslich China mit etwa 440 Mill. Einwohnern. Bereits arbeitet der Kreml daran, dieses Gebiet als Rubelblock zusammenzufassen, es zu einem Wirtschaftsgebiet mit einheitlicher Rubelwährung umzugestalten. Die Existenz dieses Wirtschaftsblocks von über 700 Mill. Einwohnern steigert die Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Wieso ist es der USA-Bourgeoisie trotzdem bisher gelungen, den Ausbruch einer ungeheuren Weltwirtschaftskrise zu vermeiden, richtige hinauszuschieben?

Der zahlungsfähige Nachholbedarf, insbesondere in USA, war grösser als wir eingeschätzt; ebenso die "Markterweiterung", die der Wegfall der deutschen und japanischen Konkurrenz für USA und England eingebracht hatte. Die siegreichen Lohnkämpfe der amerikanischen Arbeiter schufen Kaufkraft, "Markt". Was die Bourgeoisie an Geldlöhnen einräumte holte sie durch Steigern der Preise, Steuern usw. im Laufe einer gewissen Zeit immer wieder herein. Doch wieder und wieder stiessen die USA-Arbeiter siegreich vor. Die höhere Kaufkraft, die sich breite Teil der Massen zeitweilig immer wieder erkämpften, haben dazu beigetragen, die USA-Profitekonzunktur zu verlängern.

Freilich, ohne die ununterbrochenen riesigen Kriegerüstungen wäre die grosse Wirtschaftskrise längst schon da. Die USA haben heute das höchste Militärbudget, das sie jemals hatten: 15½ Md. D., das sind weit über 60 Md. Schweizer Franken (Basler Nachrichten 30.10.49/1).

Mit allen Mitteln arbeitet das USA-Kapital daran, Waren- und Kapitalexport zu steigern. Unausgesetzt bemüht ~~es~~ sich, die Handels- und Zollschränken in Europa zu Fall zu bringen. Der unter den günstigsten Produktionsbedingungen arbeitenden USA-Industrie soll der Absatz in Europa möglichst erleichtert werden. Das steckt wirtschaftlich hinter der Politik von Wallstreet, "Europa zu einigen". Die 270 Millionen europäischer Konsumenten sollen einen einheitlichen Markt bilden - für das USA-Kapital. Sie brauchen und wollen die europäische Ausbeutungseinheit, die europäische Sklaveneinheit.

Überallhin, wo Profitchancen ^{wirken}, exportiert die USA-Bourgeoisie Kapital. Heute besonders nach Venezuela, Brasilien, den Vordern Orient. Nun werden auch Chile und Argentinien dazu kommen. Südafrika hat gegen die Vorkriegszeit die Stahlerzeugung verdoppelt - englisch-amerikanisches Kapital ermöglichten das Vergrössern der Anlagen. - In Marokko, Algerien, Tunis steigen die Kapitalsanlagen von 7.9 Md. frs (1947) auf 12 Md. frs (1948) und 16.4 Md. frs (1949). Eine rapide wirtschaftliche Erschliessung ist hier im Gang, berichtet die Neue Zürcher Zeitung 15.IV. 1. Hier arbeiten amerikanisch-französisches Kapital zusammen. Die amerikanische Wareneinfuhr nach Nordafrika hat sich seit 1939 verzweifelfach (Tagesanzeiger 3.V.).

Durch all das wurde, wird Zeit gewonnen, aber keine Lösung herbeigeführt für eine einigermaßen längere Zeit. So hat die Bourgeoisie überall das bekannte kapitalistische Ventil zu öffnen begonnen: Kurzarbeit, Entlassungen, Abbau, Arbeitslosigkeit. Der Frühling brachte massig eine gewisse Besserung des Arbeitsmarktes. Dennoch beträgt die amtlich zugegebene Zahl der Arbeitslosen in USA 3,520.000 (Tat 4.V.) Man rechnet mit weiterer

Zunahme. Die Investitionstätigkeit der grossen Firmen in USA wird, nach ihren eignen Angaben, 1950 gegenüber 1949 um 11 % sinken; die Erweiterungsprojekte sind teils abgeschlossen, teils gehen sie ihrem Abschluss entgegen (NZZ 20.IV.1).

Gegenwärtig verzeichnen die USA noch immer guten Geschäftsgang. Die meisten Sachverständigen rechnen für die 2. Jahreshälfte, längstens für das erste Halbjahr 1951 mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Besonders gross sind die Schwierigkeiten der USA-Landwirtschaft. Sie wurde rascher industrialisiert als die Industrie selbst. Die amerikanische Agrarproduktion wird mit den modernsten Maschinen betrieben. Der Aufwand an ~~Menschenkräften~~ 10 %, an tierischer Kraft um 50 % verringert. 10 Millionen Pferde wurden ausgeschaltet. Die Futterproduktion konnte um die Hälfte gesenkt werden. Der gewonnene Boden wurde der Getreideerzeugung zugeführt, die gewaltig wuchs. Um 35 % wurde so der Ertrag der Gesamtwirtschaft erhöht! (siehe NZZ 7.III.2). Die landwirtschaftlichen Preise wurden durch staatliche Subventionen gestützt. Auf diese Weise hat der Staat erworben und eingelagert: 43 Mill. kg Butter, 3 Md. Eier, 300 Mill. kg Milch in Pulverform, 8 Mill. kg Käse, 7 Mill. mg Kartoffeln. Es ist "eine beängstigende Überproduktion der Landwirtschaft" (St. Galler Tagblatt 13.IV.2). Die Regierung weiss mit den Riesenvorräten nichts anzufangen. "Um den landwirtschaftlichen Markt zu entlasten", plant die USA-Regierung 7 Mill. Meterzentne Kartoffeln zu vernichten...

Überall herrscht Dollarmangel... Das heisst in Wirklichkeit, viele Staaten haben kein Geld, in USA oder sonstwo Waren zu kaufen.

Leon Keyserling, einer der Hauptwirtschaftsberater des Präsidenten Truman, erklärte, "eine starke Expansion der amerikanischen Wirtschaft ist unerlässlich, wenn die USA nicht in absehbarer Zeit von Massenarbeitslosigkeit überfallen werden sollen" (STOT 13.IV.2). Grosse Massenarbeitslosigkeit heute brächte in USA die Revolution. Eine starke wirtschaftliche Expansion aber, das heisst starke Steigerung des schon gewaltigen amerikanischen Waren- und Kapitalexportes! Das wieder müsste die wirtschaftlichen Gegensätze unter den kapitalistischen Staaten noch viel mehr vergrössern als bisher. Ein heute für sie ungangbarer Weg - weil der sichere Weg für sie Alle in den Abgrund bleibt - nur der letzte kapitalistische "Ausweg": der Übergang zum "heissen Krieg" gegen die SU, um diesen Wirtschaftsblock für die kapitalistische Wareneinfuhr und Kapitalanlage zu erschliessen, was zur Sicherung des Profits erfordert, diesen Block der kapitalistischen Kontrolle zu unterwerfen.

In der Tat, die USA-Bourgeoisie, die Weltbourgeoisie sieht keinen Ausweg mehr aus der sich immer tiefer fressenden Systemkrise des Kapitals als den Krieg gegen die SU. Nur noch der geeignete Zeitpunkt ist in Frage. Sie gehen bewusst auf diesen Krieg los, bereiten ihn planmässig vor. Ihr und ihrer "sozialistischen" Helfer Friedensgeschrei ist elende Heuchelei, die die Massen zu täuschen sucht, um sie desto besser zum Kanonenfutter zu präparieren.

Die Linkszentristen Nr. 3¹ haben die Exekutive der 4. Internationale zu der grundfalschen, grundgefährlichen Einschätzung verleitet: die Möglichkeit eines Angriffskrieges gegen die SU sei "für lange Jahre", "für eine ganze Periode", "für eine ganze historische Periode" ausgeschlossen!!!! So die Massen "vorbereiten", heisst den amerikanischen Imperialisten in die Hände arbeiten.

II. Zur weltpolitischen Lage

"Es herrscht zwar nur ein "kalter Krieg", aber er ist trotzdem Krieg", sagte jüngst im Unterhaus der Sohn des verbissensten englischen Imperialisten Amery (NZZ 29.III.2). Was der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses im Juli des Vorjahres erklärte, gilt auch heute: "Der Kriegszustand besteht noch immer" (BN 28.VII. 49,2). Das katholisch-konservative Vaterland (8.VII.49) sprach es noch deutlicher aus: "Es herrscht überall die Meinung, dass der zweite Weltkrieg noch immer nicht entschieden ist und dass im Ringen zwischen Ost und West Sieger sein wird, wer die Deutschen an seine Seite zieht".

Wir sind noch mitten im zweiten Weltkrieg! Noch immer in der Zwischenphase des Umgruppierens der Kräfte. Doch die schreckliche Schlussetappe naht! Selbst den beiden Kriegsparteien ist davor bang. Das Spiel übersteigt ihre Kräfte! Denn sie spielen ihr tödliches Spiel auf dem Vulkan der Massen!...

"Die Risiken eines neuen Kriegs sind furchtbar für beide Seiten!", ruft Churchill (NZZ 29.III.1). Schon vorher verkündete der amerikanisch-imperialistische Journalist Lipmann (NZZ 14.X. 49,1): "Die Erbitterung des kalten Krieges wächst... Diese Spannungen werden anarchische und nihilistische Kräfte freimachen, die sich noch schrecklicher (für die Bourgeoisie nämlich!) auswirken können als diejenigen, für deren Unterwerfung wir vor kaum vier Jahren einen so hohen Preis bezahlten".

"Anarchische" Kräfte, Kräfte des "Chaos"? die Revolution! Das ist der dunkle Sinn: hinter der Schlussetappe des zweiten imperialistischen Weltkriegs lauert - die Weltrevolution, die sie Alle verschlingen kann: die Imperialisten und - die Revolutionsparasiten! Und sie wird sie verschlingen: wenn die proletarischen Revolutionäre mit revolutionär klaren, in allen Hauptfragen geistig einigen, taktisch fähigen Revolutionsparteien - die sich durch keinen Nationalkommunismus einfangen lassen, auch nicht durch den titoistischen; die allen Opportunismus in sich überwinden, auch den Linkszentrismus Nr.3 - seien sie auch zahlenmässig zunächst nicht stark, in den kommenden weltrevolutionären Aufschwung eintreten werden.

Um dieser ihnen Beiden drohenden Riesengefahr willen verhandeln sie ununterbrochen hinter den Kulissen. Jetzt ist auftragsgemäss der Generalsekretär der UNO, der norwegische "Sozialist" Trygve Lie in Moskau, um sich um ein Kompromiss zu bemühen.

Den "Schiesskrieg" eine Zeit lang noch hinauszuschieben, das ist möglich. Doch die ökonomischen Widersprüche, die das Profitsystem insgesamt und in der USA insbesondere immer mehr zerwühlen, treiben zwangsläufig, und zwar immer schärfer zum imperialistischen Schliesskrieg: zum "heissen Krieg" gegen die SU.

Der Schweizer Bundesrat hält den Kriegausbruch auch in naher Zeit für möglich - er rief (4.V.) zum Anlegen von Haushaltsvorräten auf.

"USA hat China und die übrigen Gebiete in Asien nicht aufgegeben und es wird sie auch nicht aufgeben", verkündete in einer grundsätzlichen Erklärung der ausserordentliche USA-Botschafter Jessup (NZZ 5.I.3). Er hätte noch deutlicher sagen können: Profit-USA kann China, Asien nicht aufgeben, weil es sonst das Profitgeschäft auf die Dauer nicht fortsetzen könnte. Die Umwälzung in China hat die Kriegsentschlossenheit der amerikanischen Imperialisten auf das äusserste gesteigert!

Sie hätten diese Umwälzung spielend verhindern können: sie hätten Tschangkaischek zu einer ausreichenden Agrarreform zu Gunsten der armen Bauernmillionen Chinas zwingen können. Doch gerade dieser Weg =

war und ist für die USA-Bourgeoisie unangbar. Nur mit den besitzenden Schichten Asiens kann und will sie sich verbünden. So wie auch Tschangkaischek sich nur mit den besitzenden Schichten verbünden konnte und kann. Deshalb und nur deshalb unterlag er.

Deshalb und nur deshalb siegte der Kreml in China. Die proletarischdemokratische Revolution in China, das will die Stalinbürokratie nicht, das kann sie nicht - das hiesse von ihr erwarten, gegen ihr revolutionsparasitisches Interesse zu handeln. Aber eine kleinbürgerliche Bauernrevolution, gerade das entspricht und genügt dem stalinbürokratischen Selbstbehauptungsinteresse: solche Änderungen in China, Asien herbeiführen, die die Kriegsbedrohung des Kremls durch die Imperialisten möglichst durchkreuzen, zugleich aber das chinesische, asiatische Proletariat weiter niederhalten. Der USA-Imperialismus und sein Tschangkaischek boten den hungernden Bauernmillionen Chinas gar nichts - der Kreml brachte ihnen kleine Besserungen und die (trügerische!) Hoffnung auf grosse Besserungen. Trügerisch: weil den armen Bauernmassen nur die proletarischdemokratische Revolution helfen kann, unter Führung des chinesischen, asiatischen Proletariats - der Kreml aber gerade den Sieg der proletarischdemokratischen Revolution, gerade den Sieg der proletarischen Demokratie ebenso fürchtet, wie die Imperialisten sie fürchten.

So wie in China, stehen die Dinge in Südostasien, in Asien überhaupt. Die Imperialisten können den armen, hungernden asiatischen Bauernmillionen nichts, gar nichts bieten - der Kreml aber kann ihnen kleine Besserungen bringen und die (trügerische!) Hoffnung auf grosse Besserungen. Für absehbare Zeit hat der Kreml in Asien bessere Aussichten als die amerikanischen und sonstige Imperialisten. Die Rückkehr zur überparteilichen Aussenpolitik in USA, so wichtig an sich, ändert daran gar nichts.

So musste, muss Wallstreet das Schwergewicht seiner Kriegspolitik nach Europa verlegen. Von allem Anfang an waren sich da die USA-Imperialisten darüber einig, dass ihnen Europa - die europäischen Massen - die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Ihr Generalstabschef hat kaltschnäuzig ausgesprochen: "Wir haben erkannt, dass Europa mit Unterstützung durch andere Nationen die Hauptlast des Kampfes tragen muss" (NZZ 31.VII.49). In erster Linie Deutschland, das heisst die deutschen Massen. Und was von Deutschland, gilt mit den nötigen Änderungen von Japan, den japanischen Massen. Hier nun sehen sich die imperialistischen Räuber schweren Widersprüchen gegenüber ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen. Es sind Widersprüche, die sie vorübergehend zwingen, auf Zeitgewinn zu spielen.

1. Sie haben sechs Jahre Krieg geführt, um die deutsche und japanische Konkurrenz zu erledigen. Und jetzt sollen sie selbst ihren niedergeschmetterten Konkurrenten wieder auf die Beine helfen?! Denn um Deutschland, Japan auch nur als Kanonenfutter gegen die SU in Schwung zu bringen, muss die deutsche, japanische Wirtschaft bis zu einem gewissen Grad wieder aufgerichtet werden.

Diesen Widerspruch haben die USA-Imperialisten dadurch gelöst, dass sie sich zu faktischen Herren der deutschen, japanischen Industrie gemacht haben. Die Kapitalisten Deutschlands, Japans sind nur noch Juniorpartner. Die Industrie Deutschlands, Japans wird nach den Interessen der USA-Industrie betrieben, dieser untergeordnet.

Für die Kapitalisten von Frankreich, England bedeutet das keine Lösung. Die englische Industrie hat sich auf Kosten des erledigten deutschen Konkurrenten (und der englischen Massen) mehr oder weniger erholt. Bis zu einem gewissen Grad hat auch die französische Industrie sich auf Kosten des erledigten deutschen Konkurrenten (und der französischen Massen) erholt. Das amerikanisch-imperialistische Streben, die amerikanisch (-deutsche) und amerikanisch (-japanische) Wirt-

mehr und mehr zu heben, stösst auf hartnäckigen Widerstand der englischen, französischen Imperialisten. Das erschwert das Herstellen der einheitlichen politischen und militärischen Aktionsfähigkeit der Westmächte.

2. Die deutschen Imperialisten durchschauen das Spiel und suchen das Maximum für sich herauszuholen. Sie sind bereit, die deutschen Massen als Landsknechte gegen die SU zur Verfügung zu stellen - aber sie verlangen dafür einen möglichst hohen Preis für sich. Das stösst besonders bei den englischen, französischen Imperialisten auf Widerstand und erschwert den USA-Imperialisten die politische und militärische "Integrierung" (Zusammenfassung) Europas gegen die SU (mit den nötigen Änderungen gibt Ähnliches auch für Japan).

3. Nach dem Raub Ostpreussens, Schlesiens, Posens usw. nach der Vertreibung von 14 Millionen Deutschen (davon der Großteil Arbeiter und arme Bauern) aus ihrer Heimat war die Hoffnung des Kreml, die deutsche Karte gegen die Westmächte ausspielen zu können, gleich null. Die schweren Widersprüche, in die sich die Westalliierten in der deutschen Frage verwickelten, bot der Stalinbürokratie neue Chancen. Mit "nationaler Front", "für die Einheit Deutschlands (ohne Schlesien usw. versteht sich)" und anderen Tricks müht sie sich, Sympathien in Deutschland zu gewinnen.

Das Spiel all dieser Widersprüche, Strebungen, Gegenstrebungen mag noch eine Zeit lang hin und her wogen. Schlussendlich werden die englischen, französischen Imperialisten - gegen gewisse Konzessionen - dem amerikanischen Druck nachgeben müssen. Deutschland, Japan werden aufgerüstet werden, ja werden bestimmt schon heute aufgerüstet als Sturmbock, Kanonenrutter gegen die SU. Das Ringen um Deutschland wird der Kreml verlieren - es wäre denn, dass er Polen und die Tschechoslowakei opfert: das kann er nicht, ohne seine Gesamtposition aufs schwerste zu erschüttern. Die Stalinbürokratie wird ihren Opportunismus teuer bezahlen!

Es scheint, dass die wirtschaftliche Unterstützung und Rüstungshilfe, die die USA dem französischen Imperialismus für Indochina zugesagt hat, der Preis ist, wofür er sich bereit erklärt hat, auf die amerikanische Deutschlandpolitik einzugehen. Die Erklärung Schummanns für einen ~~französisch-deutschen~~ ^{amerikanisch-französisch-deutschen} Stahl-, Eisen-, Kohlentrust, den auch den anderen kapitalistischen Mächten Europas offen stehe, dürfte der erste Schritt auf diesem Wege sein.

Die englische Bourgeoisie schuldet den Sterlingländern, vor allem Indien und Pakistan, die ungeheure Summe von 3.2 Mrd L. Sie bemüht sich darum, dass die USA einen beträchtlichen Teil davon zur Zahlung übernehme. Mag sein, dass das der Preis sein wird, wofür die englischen Imperialisten sich ihre Zustimmung zur USA-Deutschlandpolitik abkaufen lassen.

Das Gesetz über die Demilitarisierung Deutschlands, angeblich bestimmt, "die Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern", dient in der Hauptsache dazu, diese Niederaufrüstung zu verschleiern und das Fortsetzen der imperialistischen Friedensheuchelei trotz Aufrüstung Deutschlands zu ermöglichen.

Dem Wunsch der Westmächte entsprechend erklärte sich die westdeutsche Regierung bereit, dem Europarat (als Mitglied mindern Rechtes) beizutreten.

Das alles ist Vorspiel und zugleich Verhandlungsgegenstand der Londoner Konferenz der amerikanischen, englischen, französischen Imperialisten. Sie wollen ihre Differenzen, insbesondere in der deutschen Frage, überwinden und zu einer geschlossenen Handlungseinheit gelangen, die eine energische Politik ermöglichen soll. Man kann jetzt schon sehen, dass sie einen ersten Schritt vorwärts machen werden in die Richtung zum - Krieg gegen die SU...

In allen Ländern arbeiten SP, LP und ihre Gewerkschaftsbürokratie für die imperialistischen Räuber. Die Comisco, diese "sozialistische" ~~obische~~

Ersatzinternationale - sie ist eines Sinnes im Antikommunismus, vermag sich aber in keiner positiven Frage zu einigen, weil jede "Sozialistische" Partei nationalistisch ist - lässt durch ihren Sekretär verkünden: Im Kriegsfall werden die Parteien der Comisco, das sind die sozialdemokratischen, labouristischen und ihre Gewerkschaftsbürokratie im Bündnis mit der USA gegen die SU marschieren (Vorwärts 15.II.). Sie wirken als regelrechte imperialistische Kriegshilfspartei, gehüllt in dicken ~~schwarzen~~ Schleim heuchlerischer Friedensphrasen. In allen Ländern helfen sie den Kapitalisten, sich auf Kosten der Arbeitermassen und der armen Bauernmassen zu senieren. In allen kapitalistischen Ländern stossen sie die armen Kleinbürgerlichen, Kleinbäuerlichen Massen nach rechts in die Arme der Bourgeoisie und bereiten so der kapitalistischen, ja faschistischen Gegenrevolution den Weg. Überall hat die Rechte Auftrieb, weil die Linke versagt und enttäuscht hat, konstatiert das kapitalistische STG (1.IV.2).

Man darf aber keinen Augenblick vergessen, dass die "Sozialistischen" Parteien ihre Verratspolitik betreiben können nur dank der russischchauvinistischen Verratslinie der "Kommunistischen" Parteien. Dreierlei Anstrengungen kennzeichnen heute deren Linie:

1. In erster Linie sucht der Kreml, durch äusserstes Anspannen aller Kräfte, die ~~SU~~ SU wirtschaftlich vorwärts zu bringen. Zweifellos hat er da bedeutende Fortschritte erzielt. Aber die schrecklichen Schläge, die Sowjetrussland dank der stalinschen Bankrottspolitik 1939-45 erlitten, sind noch lange nicht geheilt. Insbesondere der Verlust von 20 Millionen arbeitsfähiger Menschen ist in paar Jahren nicht zu ersetzen. USA dagegen hat in diesen Jahren ihren gewaltig gestiegenen Vorsprung an Produktivkräften, Kriegspotential nicht nur behauptet, sondern seither noch mehr gesteigert. Nicht um der Massen, um des Friedens willen, aber aus seinem egoistischen Selbsterhaltungstrieb heraus will der Kreml jetzt und für absehbare Zeit keinen Krieg - doch entgegen dem Willen der Stalinbürokratie wirkt ihre Politik in diese Richtung: sie arbeitet der Weltbourgeoisie, den imperialistischen Kriegstreibern tatsächlich in die Hände.

Mehr noch. Äusserstes Anspannen der russischen Arbeitermassen, bei kärglichster Lebenshaltung, während die Kremlbürokraten es sich auf Kosten der Massen ausgezeichnet gehen lassen - das ist das Hauptkennzeichen der sozialen Lage im Stalinparadies. Es grollt in den russischen Massen! Auch in den armen Bauernmassen! Indem der National "Sozialismus" die russischen Massen noch ärger misshandelte als der stalinsche National "Kommunismus", half er dem Kreml über die Kluft, die ihn von den Massen trennte. Darauf kann die Stalinbürokratie diesmal nicht rechnen. Die westlichen Imperialisten haben aus dem Bankrott Hitlers gelernt.

2. In zweiter Linie sucht der Kreml, durch äusserste ökonomische, politische und militärische Zentralisierung seine relative Schwäche im Verhältnis zum USA-Potential wett zu machen. Gerade die straffe stalinbürokratische Zentralisierung mit ihren Konsequenzen führte zum ~~Bankrott~~ Abfall Titos und ruft zwangsläufig ähnliche nationalistische, national-"kommunistische" Gegenströmungen an allen möglichen Stellen hervor.

3. Noch immer aber bleibt ein riesiges Defizit im Kräfteverhältnis zu USA, zum Weltimperialismus. Das sucht der Kreml wett zu machen und mehr als wett zu machen durch die volksdemokratische "Weltrevolution". Im August vorigen Jahres (BN 24.VIII.2) liess Stalin durch Woroschilow erklären: "Nur die proletarische Weltrevolution führt zum Sozialismus". Das war und ist bewusster Schwindel. Die Politik der stalinrussisch-nationalistischen "Weltrevolution" schaut in Wirklichkeit so aus: an die proletarischen Tagesinteressen anknüpfend, peitscht der Kreml durch seine Agenten die Massen überall vorwärts, nicht zu Gunsten der internationalen

proletarischen Revolution, aber zu Gunsten der egoistischen Selbstbehauptungsinteressen der stalinbürokratischen Revolutionsschmarotze. Mit allen Mitteln müht sich der Kreaml, die Massenbewegung in allen Ländern auszunützen, um die internationale Position der Stalinbürokratie gegenüber den Imperialisten zu stützen, zu stärken. Gewaltige Massen bringt er so in Bewegung, in Frankreich, Italien, Holland usw. Doch letzten Endes schwächt die stalinbürokratische Aktion das Proletariat

So radikal die stalinbürokratischen Massenaktionen äusserlich erscheinen, sie sind das Gegenteil davon. Die Arbeiterschaft ermüden, zersetzen sie. Die Bourgeoisie wird durch diese Aktionen ganz und gar nicht geschwächt, erschüttert, doch gereizt und zu immer grösserer Entschlossenheit getrieben. Denn bei allen diesen Aktionen geht es der Stalin & Co nicht darum, die Massen in Richtung auf den Sturz der Bourgeoisie einzusetzen, sondern lediglich darum, den Druck auf die Kapitalistenklasse derart zu steigern, dass sie ein Kompromiss, ein Nebeneinanderarbeiten, ja ein Zusammenarbeiten, eine Koalition - die (bürgerlich!) demokratische Union mit der Stalinbürokratie - dem Risiko des imperialistischen Krieges gegen den Kreaml vorziehe. Die stalinbürokratischen Bankrotteure kämpfen ganz und gar nicht gegen die Bourgeoisie, sondern sie wollen sie im Gegenteil gewinnen für die Zusammenarbeit, für eine Union, Koalition, für ein Bündnis. Gegen wen? Nun, gegen die proletarische Revolution, gegen die Arbeitermassen, gegen die armen Mittelmassen in Stadt und Dorf, gegen die kolonialen Volksmassen! Als Preis dafür verlangen sie nur, dass man ab, die stalinbürokratischen ~~Bankrotteure~~ Revolutionssparasiten, die doch der Weltbourgeoisie den Riesen dienst geleistet, fast die ganze alte revolutionäre Garde weggemordet zu haben, weiter in Amt und Würden lasse, dass man sie weiter in Macht und Ehren und an der grossen Futterkrippe lasse, unter für stalinbürokratische Emporkömmlinge tragbaren Bedingungen.

Die Weltbourgeoisie hat das längst schon durchschaut. Sie fürchtet nicht die Kreamlbankrotteure. Sie fürchtet den Vulkan der Massen, der beim verzweiferten Kampf des stalinbürokratischen Ungeziefers, seine usurpierte Position weiter zu behaupten, ohne, ja gegen deren Willen in unberechenbare Bewegung geraten könnte, in die Weltrevolution

Der Kampf der beiden Giganten übersteigt ihre Kräfte. Darum müssen sie sich beide ernstlich, den Kampf zu vermeiden, zu einem tragbaren Kompromiss zu kommen. Allein die Krise des kapitalistischen Weltsystems treibt immer mehr einem Höhepunkt zu, der ein langandauerndes Kompromiss, einen wirklichen Frieden nicht zulässt. Sie werden den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, wagen müssen. Weil der Krafteinsatz so gewaltig, wird der Kampf sich aller Voraussicht beiderseits nach länger hinziehen. Beide Giganten werden einander die Masken, womit sie die Massen täuschen, immer mehr vom Gesicht reissen. So werden die Massen das ~~Bankrotteure~~ mörderische, räuberische Spiel, das auf ihrem Rücken, mit ihrem Blut und Gut, getrieben wird, immer deutlicher durchschauen und sich unvermeidlich schliesslich erheben, um die imperialistischen Räuber und die Revolutionsparasiten abzuschütteln.

U S A

Die Prosperität in USA weiter aufrechtzuerhalten, die beginnende Wirtschaftskrise zu mildern, erträglich zu machen (dazu soll die Sozialversicherung verbessert werden), Zeit gewinnen, bis der richtige Zeitpunkt kommt, die drohende grosse Wirtschaftskrise durch "Heissen Krieg" gegen die SU wegzuschiessen - dem gelten die Hauptanstrengungen Trumans und seiner Regierung.

Der (kapitalistische) Staat in USA greift in die Wirtschaft ein, um dem Kapital über Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Das nennt die SP "aufgeklärten Kapitalismus". (AZ Wien S.I.), "Planwirtschaft in USA": "Die (amerikanische) Wirtschaft wird heute (angeblich) mehr und mehr der ganzen Gemeinschaft dienstbar gemacht. Die zunehmende staatliche Intervention

stellt die Wirtschaft (angeblich) immer mehr in den Dienst des Volkes"..."Auch Amerika geht den Weg von der planlosen Produktion des alten Kapitalismus zur (angeblich) krisenfreien Planwirtschaft", so lässt sich die "sozialistische" (angeblich sozialistische) Wiener AZ (23.IV.) aus New York berichten. Das "Volksrecht" (25.II.) schrieb vorsichtiger: "Wenn dies (die amerikanische Planwirtschaft) auch heute zu Gunsten des Kapitalismus geschieht", um "dessen ärgste Schäden dadurch zu korrigieren".

Im November soll das Abgeordnetenhaus und 1/3 des Senats neu gewählt werden. Die beginnende Wahlkampagne verschärft den ^{den} zwischen der "Demokratischen" Partei (der nichtmonopolistischen Bourgeoisie) und der "Republikanischen" Partei (der MonopolKapitalisten). Die Zuspitzung der Weltlage zwang sie trotzdem zur "Überparteilichkeit der Aussenpolitik": Die Republikaner bekommen ein weitgehendes Mitspracherecht in aussenpolitischen Fragen.

"Die amerikanischen Gewerkschaftsführer erscheinen heute als feste Stütze der (kapitalistischen!) Gesellschaft" erfahren wir aus der kapitalistischen "Deutschen Zeitung" (Stuttgart 12.XI.49). Wie Kapitalisten ihr Profitgeschäft in Stiefelwisch betreiben, so treiben die Green, Murray, Lewis & Co ihr Profitgeschäft mit Gewerkschaftsinteressen und füllen sich dabei gründlich die Säcke. Die europäischen Gewerkschaftsbürokraten sind ihnen nicht wenig neidig und mühen sich, mit Erfolg, es ihnen gleich zu tun.

CIO und AFL nähern sich einander. Zunächst einmal in der politischen Aktion - zu Gunsten der USA-Bourgeoisie, versteht sich - "um einen bessern (kapitalistischen!) Kongress" in der nächsten Wahl zustande zu bringen, "für die moderne Gewerkschafts-, Sozialgesetzgebung wie (Profitpräsident) Truman sie vertritt" (Volksrecht 25. IV.). Die CIO hat allen Gewerkschaften gemeinsame Aktionen angeboten als Vorstufe für die Zusammenfassung aller Gewerkschaften in einem Organisationsverband. Die Gewerkschaftseinheit ist auf dem Marsch. Und auch Schritte in Richtung auf die amerikanische Lab Party sind zu verzeichnen. Walter Reuther, der Vorsitzende der Autogewerkschaft, tritt offen dafür ein. All dies allerdings in stramm kapitalistischer Richtung! Die Arbeiterbewegung wollen sie gewerkschaftlich, schliesslich auch politisch zusammenfassen, um die Arbeitermassen noch systematischer als bisher dem amerikanischen Profitgeschäft zur Verfügung zu stellen - gegen angemessenes hohes Trinkgeld an die Herren Führer... Das sind die Pläne der Gewerkschaftsbükratie. Es kommt auf die amerikanischen Revolutionäre an, den USA-Arbeitern immer mehr die Augen zu öffnen und sie zu sammeln zum Kampf gegen die Bourgeoisie, für die proletarische Demokratie, für den Sozialismus.

England

"Höhere Produktion bei geringeren Kosten!", unter dieser Losung läuft die Politik der Labourregierung und der englischen Gewerkschaftsbükratie. Das bedeutet Senkung der Produktionskosten durch grössere Leistungen der Arbeiter. "Keine vermehrte Lohnanszahlung ohne Steigerung der Produktion!"... "Es muss tüchtig gearbeitet werden!", so verkündete der "Sozialist" und "Menschenfreund" Attlee auf dem Gewerkschaftskongress. Und sie klatschten dem Judas Beifall, statt ihn mit nassen Fetzen davonzujagen. Lohnstop, Verlängerung der Arbeitszeit, angestrengtere Arbeit, Verteuerung der Lebensmittel - das ist die wirkliche Linie der Labourregierung gegenüber den Arbeitermassen. Die englischen Arbeiter bekommen "höhere" Löhne für höhere Arbeitsleistung; und sie bekommen diese "höheren" Löhne bei steigenden Lebensmittelpreisen: auf diesem Doppelschwindel beruhen die sozialdemokratischen, gewerkschaftsbükratischen, kapitalistischen Erzählungen von den "höheren" Reallöhnen in England... Treten die Arbeiter für ^{den} höhere Löhne in Kampf, so setzt die Labourregierung kapitalistische Truppen ein, um den Streik zu brechen. So machte sie den Elektrizitätsarbeitern und jüngst den Hafenarbeitern.

"Die (kapitalistische) Nation zuerst!" ruft die LP durch den Mund Morrisons (EN 3.II.49,1) - das heisst: Der Profit zuerst! In der Tat, der Bourgeoisie geht es unter der Labourregierung ausgezeichnet. "Attlees Notprogramm lässt die Wirtschaftswelt im grossen und ganzen ungeschoren" (StGT 26.I.49,1). "Die diesjährigen Gewinne (der Kapitalisten) übersteigen mancherorts jene des letzten Jahres, obwohl die Regierung 60 % der Geschäftseinnahmen wegsteuert" (TA 13.II.49). "Rekordgewinne der Baumwollindustrie" (Tat 12.I.). "Die Industrie - und Geschäftswelt kann sich, wenigstens finanziell nicht beklagen. Die Gewinnerzielung ist noch immer gross und leicht" (NZS 6.II.).

Für den Profit - gegen den Lohn: das ist die wirkliche Linie der Labourregierung, LP und Gewerkschaftsbürokratie. So gross sind ihre Verdienste um die Ausbeuterklasse, um den Profit, dass in Anerkennung davon fünf Labourabgeordnete Neujahr in den Adelsstand erhoben wurden (NZS 3.I.). Die englische Wirtschaftskraft (lies: Profitwirtschaft) durch die Labourparty (auf Kosten der Massen - das wird verschwiegen) wieder hergestellt!", jubelt die Wiener AZ (17.IV.). Die englische Profitklasse ist mit ihren Labourlakaien sehr zufrieden. Aber der Labourmehr hat seine Schuldigkeit getan, nun mag er gehen, zusammen mit den von der Labourpolitik abgestossenen Mittelmassen bereiten die Kapitalisten der LP eine schwere Wahlniederlage. Ihre gewaltige Parlamentsmehrheit ist auf paar Stimmen zusammengeschrunft. Die Position der Labourregierung ist erschüttert. Mit ihrer Politik setzt sie das Abstossen der Mittelmassen und das Enttäuschen, Zersetzen der Arbeitermassen fort. So bereitet sie selbst den Boden vor für den Sieg der kapitalistischen Gegenrevolution. Es ist höchste Zeit, dass in England eine revolutionäre Kraft aufzutreten beginnt, die die enttäuschten Arbeiter sammelt und in den Kampf führt für die Interessen der Arbeiterklasse.

Frankreich

Die französische Bourgeoisie schreitet mit dem Sanieren und Wiederaufbauen der Profitwirtschaft auf Kosten der Massen von Erfolg zu Erfolg. Trotz der grossen Kämpfe der Arbeiter Frankreichs sind ihre Reallohn nach wie vor tief unten. Jede Lohnkonzession entwertet die Ausbeuterklasse mittels der Preis- und Steuerschraube. Sogar die katholischkonservativen Zürcher Nachrichten stellen fest (13.II.): "Die Lage der französischen Arbeiter ist prekär... Das Missverhältnis zwischen Preis und Lohn ist gross und eher grösser denn kleiner"...

"Eine bürgerliche Zeitung hat wörtlich geschrieben, dass man ein Jahrhundert auf die Blüte des Kapitalismus unter dem zweiten Kaiserreich zurückgehen müsse, um derartige 'bemerkenswerte' Profite anzutreffen", berichtet das Volksrecht 2.IX.49. Das "sozialistische" Blatt hat "veressen" zu berichten, dass das unter Regierungen war, in denen die französischen "Sozialisten" mitregierten... "Die Gewinne von 450 führenden Aktiengesellschaften Frankreichs sind in den letzten Jahren um 400 % gestiegen", teilt der Tagesanzeiger mit (3.X.49). "Von seriöser Seite schätzt man die in den Bilanzen versteckten Gewinne mindestens auf 80 Milliarden Frs", erfährt man aus dem katholischkonservativen Vaterland (23.II.49). Seither sind die Profite in Frankreich nicht kleiner, sondern eher grösser geworden. Profitsegen unter der SP als Regierungspartei, während zu gleicher Zeit die französischen Arbeitermassen am Hungertuch nagen mussten...

Die SP hilft der Bourgeoisie direkt. So sehr hat sie sich für den Profit geopfert (fürs "Vaterland", für die "Nation", für die "Allgemeinheit"...), so sehr hat sie infolgedessen an Anhang unter den Massen verloren, dass sie den Ausbeutern in der Regierung überflüssig wurde. "Der Austritt der Sozialisten aus der Regierung hat den Sinn und Zweck, mehr Bewegungsfreiheit zu erhalten und die französischen Arbeiter wieder um die SP zu sammeln", plaudert einmal die Basler AZ aus der Schule (6.II.). Die SP-Bürokratie will wieder Masseneinfluss gewinnen, um ihn neuerlich für den Profit in die Wagschale zu werfen und neuen

Judaslohn einzustreifen.

Die KPF samt ihrer CGT hilft der Bourgeoisie indirekt. Ihr Eingreifen in die Lohnkämpfe ist nicht von den Interessen der Arbeiterklasse geleitet, sondern von den Interessen der russischnationalistischen Außenpolitik des Kremls. "Frankreich braucht eine Regierung der (bürgerlich!) demokratischen Einheit!" rief der "Sohn des Volkes" Thorez (Vorwärts 3.I.49). Das "kommunistische" Informationsbüro (die Stalintern) unterstrich das (14.I.): "Für die Regierung der (bürgerlich!) demokratischen Einheit!" Und jüngst erst verkündete der radikal tuende Parteitag der KPF (April 1950) als nächstes Hauptziel: "Bildung einer Regierung der (bürgerlich!) demokratischen Union!" Thorez formulierte das so: "Für eine Regierung, die nicht die Interessen der amerikanischen Trusts, sondern die Interessen des französischen Volkes vertritt" (Vorwärts 12.IV.). Eine Union, ein Bündnis, eine Koalition mit denselben Teilen der französischen Bourgeoisie, die zu einer stalinfreundlichen Außenpolitik bereit wären - das ist das nächste Hauptziel aller stalinistischer Aktionen in Frankreich... Mit welcher schönen Worten das getarnt wird, die Erfahrung hat zur Genüge bewiesen, dass das praktisch bedeutet, die Interessen der Arbeitermassen dem Profit, den Ausbeutern aufopfern.

Die Stalpolitik enttäuscht die Massen immer wieder, ermüdet, zersetzt sie. Gerade das ist es, was die kapitalistische Gegenrevolution braucht. Mangels einer ernstesten revolutionären Partei in Frankreich, die die enttäuschten Massen an sich ziehen könnte und zum Kampf gegen die Bourgeoisie wirksam mobilisieren würde, ist letztes Endes aus der Bankrottspolitik der SPF, KPF, CGT der Faschist de Gaulle der Gewinner.

Man darf sich durch das Auf und Ab der gaulistischen Bewegung nicht täuschen lassen. Die Politik der SPF, KPF, der Gewerkschaftsbürokratie beider Richtungen enttäuscht, ermüdet, schwächt, zersetzt die Kampfkraft der Arbeitermassen, arbeitet dem Faschismus in die Hand! Die antifaschistischen Phrasen ändern nichts an den Wirkungen des unausgesetzten "sozialistischen", "kommunistischen", gewerkschaftsbürokratischen Arbeiterverrats. Was immer sie sagen, sie schwächen die Arbeiterklasse, stärken die Bourgeoisie; gerade dadurch arbeiten sie Alle auch den imperialistischen Kriegstreibern in die Hand - die SPF samt ihren Jouhaux & Co. direkt, die KPF samt ihrer CGT indirekt.

Italien

Dem Wesen nach spielt sich hier daselbe ab wie in Frankreich. Die Kapitalisten durchschauen die stalinistische Politik völlig. "Togliatti kommt von der Volksfrontformel nicht los" (NZ 6.X.49, 2). Und noch deutlicher schreiben die rechtskapitalistischen Basler Nachrichten (17.I.): "Was will die KP (Italiens) mit dem Organisieren der Ausschreitungen?... Den Wiedereintritt in die (kapitalistische!) Regierung!" Mit wonne registriert dieses linkskapitalistische Blatt (29.III.2): "In der letzten Zeit sind sämtliche von den Kommunisten ausgerufenen Streiks so gut wie restlos misslungen. Die Interesslosigkeit nicht nur der kleinbürgerlichen Massen, sondern auch eines Grossteils der Arbeiter war ziemlich offensichtlich". Die Stalinpartei "arbeitet hin auf eine Neuaufbau der Volksfront, des sogenannten Dreiparteiensystems", BN 3.V.2).

Die Rolle des direkten Helfers der Ausbeuterklasse spielt die Saragatpartei. Sie spielt sie so krass, dass der Jugendorganisation die Augen aufgegangen sind: sie verwarf die Beteiligung an der bürgerlichen Regierung und löste sich von der Partei der Regierung "Sozialisten". Ein gutes Zeichen. Nun ist es Aufgabe der italienischen Revolutionäre, die Jugend auf die Linie der proletarischen Revolution überzuleiten.

Westdeutschland

"Was wir heute in Westdeutschland sehen, das ist die Tatsache der

Wiederherstellung des alten Industrie- und Finanzkapitalismus. Die alten Herrenklassen rücken ganz ungehört aufs neue in die ausschlaggebenden Staats- und Verwaltungspositionen ein " (AZ Schaffhausen 2. VIII.49). "Wir gestehen überrascht zu sein, dass die Renazifizierung Deutschlands mit solcher Geschwindigkeit durchgeführt wird", erklärt das links kapitalistische USA-Blatt "The Nation" (24. XII.49).

Der industrielle Produktionsindex hat den Stand von 1936 bereits überholt. Die Kapitalisten machen grosse Profite. "Es ist alles vorhanden - aber die Löhne, Gehälter sind so niedrig, dass die Masse kaum das Notwendigste anschaffen kann" (TA 11. II.). "Das Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten ist 31 % unter dem Stand von 1938 - die Profite sind um 10 % höher als unter Hitlers Zeiten". Die Ruhrindustriellen sitzen wieder fest im Sattel. Die Macht der Konzerne ist ungebrochen" (Volksrecht 9. II.). Das Arbeitslosenheer hat im Jänner 2 Millionen überstiegen (TA 4. II.).

Obwohl die SPD in den Wahlen fast ebenso viel Stimmen auf sich vereinigte, wie die stärkste bürgerliche Partei, hat die Bourgeoisie die erste westdeutsche Regierung gebildet unter Ausschluss der SPD. Die Kapitalisten fühlen sich völlig sicher, dass ihr sozialdemokratischer Lakai auch aus der "Opposition" heraus für den Profit arbeiten wird. Sie täuschen sich nicht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Beispiel ist derart "überparteilich", dass die Basler Nationalzeitung (17. XI.49) ihn öffentlich als "Ordnungsmacht" belobt, als Ordnungsmacht versteht sich für die Ausbeuter, für den Profit.

Gegen den wieder zunehmenden Nazismus beschloss die SPD die Aufstellung von Schutzgruppen zur Sicherung der Parteiversammlungen (Wiener AZ 16. III.). Zu demselben Zweck hat die SPD seinerzeit das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet. Das Ergebnis ist bekannt. Der "Kampf gegen den Faschismus" der SPD auf der Grundlinie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie führt die Arbeiterklasse neuen Katastrophen entgegen.

In jüngster Zeit sucht die SPD samt ihrer Gewerkschaftsbürokratie die gedrückte Stimmung der deutschen Arbeitermassen zu heben durch "Kampf für das Mitspracherecht der Arbeiter in den Betrieben". Es geht dabei keineswegs um die Arbeiterkontrolle der Produktion, sondern nur um das Recht "mitreden" zu dürfen, wobei aber letzten Endes das Entscheidungsrecht in allen wichtigen Fragen nach wie vor praktisch bei den Kapitalisten bleibt. Es geht um Augenanswischerei, Gimpelfangerei, um möglichst grosse Arbeitermassen weiter an der sozialdemokratischen Stange zu halten, im Schlepptau der Bourgeoisie.

O s t d e u t s c h l a n d

Den Stalinbürokraten geht es sehr gut, auf Kosten der Massen - den Massen geht es schlecht, sehr schlecht. Die SED (Stalinpartei) zieht nach russisch-nationalistischer Richtung - die SPD nach imperialistischer Richtung. Beide sind Agenten der Bourgeoisie: die SPD dient dem anglo-amerikanischen Imperialismus, die SED dem stalinrussischen Nationalismus als Agent im Lager der Arbeiterklasse. Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, auf dieser Linie arbeitet auch die deutsche Stalinpartei: "Wir sind zur Zusammenarbeit bereit mit allen deutschen Patrioten, einschliesslich der früheren Mitglieder der NSDAP, den ehemaligen Offizieren, den kleinen und mittleren Kapitalisten und denjenigen Teilen des höheren Bürgertums in Westdeutschland, welchen die Interessen Deutschlands am Herzen liegen" (Volksrecht 17. I.). So erklärt die SED, die ostdeutsche Stalinpartei...

SPD und KPD haben die deutsche Arbeiterklasse in die nazistische Katastrophe geführt. Das hindert sie aber nicht, die Schuld auf die deutschen Massen zuwälzen. "Wir sind uns vollkommen bewusst der Schuld, welche das deutsche Volk (also auch die deutsche Arbeiterschaft!!) auf sich geladen", verkündete Grotewohl namens der SED (NZZ 11. X.49, 2). "Am Aufkommen Hitlers trägt das deutsche Volk (also auch die deutsche Arbeiterklasse!!!) unzweifelhaft die grösste Schuld", so lügt und hetzt das "sozialistische" Volksrecht (13. IV.).

Jugoslawien

Der Kreml sucht die internationalen Gefühle der Weltmassen möglichst für den stalinrussischen Nationalismus auszunützen, wohinter die selbstsüchtigen Interessen der Stalinbürokratie sich verbergen. Der stalinische Schmarotz "internationalismus" ist in Wahrheit extremer russischer Chauvinismus. Opfert Euch für "Russland, Russland über Alles, über Alles in der Welt!" - ja das verlangt der Kreml, sogar von seinen Satelliten. Das führte zum Abfall Tito-Jugoslawiens.

Tito steht fest auf dem Boden des stalinischen Revolutionsparasitismus - aber betrieben zu Gunsten der Titobürokratie... Er brandmarkte das Fernbleiben vom Arbeitsplatz (18 % der in den Fabriken Tätigen!) - siehe NZZ 6.III./2. Das wird erklärlich, wenn man einen Monat später aus dem Munde desselben Tito erfährt: "Die jugoslawischen Arbeiter müssen Übermenschliches leisten, um genug für die Bezahlung der ausländischen Lieferungen zu produzieren"... So also sieht die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Titoparadies aus.

Die "Volkskomitees" sind blosse Durchführungsorgane der Titoregierung. Sie sind zentral nicht zusammengefasst und haben überhaupt kein Kontrollrecht, weder gegenüber der Regierung, noch gegenüber der Staatsverwaltung, noch gegenüber der Wirtschaftsverwaltung. So sieht die politische Lage der Arbeiter aus im Titoparadies.

Die Diktatur der Titobürokratie herrscht in Jugoslawien, mit dem jugoslawischen National "kommunismus" als Grundlinie. Um ihrem antirevolutionären Unterstützen des jugoslawischen "Sozialismus in einem Land" eine "revolutionäre Begründung" zu schaffen, haben die Linkszentristen Nr. 3½ plötzlich eine "siegreiche proletarische Revolution" in Jugoslawien "entdeckt", von der die proletarischen Revolutionäre, die Massen, ja die "linken" Zentristen Nr. 3½ selbst die ganzen Jahre hindurch nichts bemerkt... Eine "siegreiche proletarische Revolution", die ausgerechnet das national "kommunistische" Titoregime emporgehoben hat...

Über den Zeitpunkt freilich, wann diese "nachträglich entdeckte siegreiche proletarische Revolution" sich ereignet haben soll, haben sich die links aufgeputzten Zentristen Nr. 3½ bisher nicht geeinigt: sie habe sich 1944/45 zgetragen, sagen die Einen; 1946 - sagen die Zweiten; 1948 - sagen die Dritten... Was waren doch die Linkszentristen Nr. 2½, die Kautsky, Otto Bauer, Friedrich Adler für Stümper! Nicht einmal diese hartgesottenen Opportunisten sind auf den Trick verfallen, ihre antirevolutionäre Linie mittels einer nachträglich erdichteten, niemals stattgefundenen "siegreichen proletarischen Revolution" zu rechtfertigen. Dieses Glanzstück war erst den Linkszentristen Nr. 3½ vorbehalten, die ihre opportunistische Linie mit "Trotzkismus" bemanteln. Die Stalinbürokratie - zu ihr gehörte damals auch die Titobürokratie! - hat den Leib Trotzki gemordet; die "trotzkistischen" Linkszentristen Nr. 3½ morden den Geist Trotzki!

Titos Kritik trägt in der Tat bei zum Entlarven der Stalinbürokratie. Allein nicht immer. Man muss die Titokritik mit Vorsicht verwenden. So bringt die "Borba", das Zentralorgan der KP Jugoslawiens, in den letzten Tagen eine Kritik der russischen "Friedensoffensive" (siehe NZZ 11.V./2). Für den Frieden müsse man in erster Linie mit Taten kämpfen und sie verlangt dazu "ernsthafte Mitarbeit in den internationalen Organisationen". Hier "vergisst" die "Borba" zu erwähnen, dass es sich um Mitarbeit in den internationalen kapitalistischen Organisationen handelt, wie UNO usw!...

Diese Kritik zeigt, dass die Titopartei den Stalinismus kritisiert nicht vom Standpunkt der Interessen des Weltproletariats, der Weltrevolution, sondern vom Standpunkt der Interessen der Titobürokratie.

Mehr noch. Mit dieser Art von Kritik leisten Titobürokratie, Titopartei der Weltbourgeoisie, den USA-Imperialisten propagandistische Hilfe im "kalten Krieg" gegen die SU!

Diese Kritik entlarvt - aber diesmal den Titoismus selbst! Sie zeigt, dass die Titopartei nicht eine zur

internationalen proletarischen Revolution tendierende Kraft ist, sondern eine zwar antistalinistische, aber antiproletarische, antirevolutionäre Kraft, von prinzipiell derselben Art wie Stalinbürokratie, Stalinpartei.

In China und Viet-Nam unterstützen die Linkszentristen Nr. 3¹/₂ mit ihrer verfehlten Taktik, die sie für realistisch ausgeben, die Bundesgenossen Stalins, nämlich Mao Tse Tung und Ho-Chi-Minh, also Stalin. Indem sie ihren "national" kommunistischen "Liebling Tito unterstützen, unterstützen sie wie sich eben gezeigt hat, auch den - USA-Imperialismus... Die Konfusion der "trotzkistisch" aufgetragten Zentristen kann in der Tat schwer übertroffen werden; jedenfalls wirkt sie ausgiebig mit beim Verwirren, Schwächen, Zersetzen des Weltproletariats...

Indien

"Indien kann und will nicht neutral bleiben, wenn die (kapitalistische) Freiheit oder (kapitalistische) Gerechtigkeit bedroht wird oder wenn eine Agression erfolgt", erklärte Nehru (NZS 14.X.49/1). Ob eine "Agression" erfolgt ist, und wer der "Aggressor" ist, das werden natürlich die Truman, Churchill, Nehru & Co entscheiden... Daraufhin unterstrichen die katholischkonservativen Zürcher Nachrichten schmunzelnd (22.X.49): "Indien ist heute die Schlüsselstellung der angelsächsischen (imperialistischen) Welt in Asien."

Doch über die Haltung wird letzten Endes nicht der liberal "sozialistisch" kapitalistische Nehru entscheiden, sondern die Vierhundert-millionenmasse der armen indischen Bauern. Ihre Not ist um nichts kleiner, jedenfalls aber krasser als die der chinesischen armen Bauern. Sie leben in einem von Natur aus weit fruchtbareren Land. In einem Land, dessen Grossgrundbesitzer, Grosswucherer, Kapitalisten einen aufreizenden Reichtum zusammengekratzt haben. In einem Land, wo die Klassenklüfte noch gewaltiger aufgerissen ist als in China.

Die proletarische Revolution in Indien n a h t ! Sie wird die Aufgaben der bürgerlichdemokratischen Revolution zu Ende zu führen haben. Vor allem die Agrarrevolution muss sie durchführen. Auf einem gewissen Höhepunkt wird sie an die Aufgaben der sozialistischen Revolution herangehen müssen. Der Krenkl wird alles daran setzen, um sie stalinbürokratisch, russischchauvinistisch auszuschmarotzen, zu missbrauchen. Auf die indische Revolution als Hauptreserve spekuliert heute der Krenkl im Entscheidungskampf des zweiten imperialistischen Weltkriegs.

12. Mai 1950.

W. S.